



Dossier - Der Extremismus unter der Ausländern

In der Bundesrepublik Deutschland waren im Jahr 2000 ca. 58.800 Ausländer Mitglieder extremistischer Organisationen; ca. 18.600 dieser Personen gehörten extremistischen Gruppen des linken Flügels an, fast 8.750 Personen gehören nationalistischen Extremisten-Gruppen an und fast 31.450 islamischen Extremisten-Gruppen. Die Anzahl der Sympathisanten und Anhänger, die nicht Mitglieder dieser Organisationen sind, ist wahrscheinlich sehr viel höher.

Im Allgemeinen spiegeln die Aktivitäten der ausländischen Extremisten die Konflikte und politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der bezüglichen Herkunftsländer wieder, folglich sind die Gründe des Ausländerextremismus verschiedene, abhängig vom jeweiligen Herkunftsland.

Die PKK (Kommunistische Kurdische Partei), deren Aktivitäten seit 1993 in Deutschland verboten sind, versucht die öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen, indem sie Ereignisse und Versammlungen im großen Rahmen organisiert und andere Personen für ihre Objektiv anwirbt. Die PKK gebraucht noch kriminelle Mittel um ihre relativen Anhänger zu strafen oder zu disziplinieren und versucht ihre enormen finanziellen Bedürfnisse zu decken, indem sie ihre Anhänger zwingt, die sog. „Revolutionssteuer“ vom Gehalt abzuziehen. Steuer, die dazu dient, die islamischen Parteien im Mutterland zu finanzieren. Darüber hinaus, könnten sie auch auf Verwicklung in den illegalen Menschenhandel schließen lassen.

Die Aufmerksamkeit der deutschen Polizei ist auch auf andere Gruppen die gewalttätige Aktionen ausführen konzentriert, wie es mit der geheim agierenden, seit 1983 verbotenen, „Devrimci Sol“ (Revolutionäre Linke) geschieht, die in 2 Flügel geteilt ist, beide im August 1998 vom Bundesinnenministerium verbannt.